

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Donnerstag, 02. Dezember 2010 22:02
An: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE
Betreff: Sammelmeldung 03.12.2010

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG
DES INFORMATIONSDIENSTES
VOM 02.12.2010 22:01:50**

**Alle Aussendungen des Informationsdienstes der Plattform
EduCare können Sie auch im Internet nachschlagen:
<http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm>**

**Die Plattform EduCare unterstützt das Volksbegehren
„Bildung ist Zukunft“ – registrieren auch Sie sich!**

**MEINUNG**

[Treichl: "Triple-A-Rating ist in Gefahr": Der Chef der Erste Group glaubt an den Euro, aber längst nicht mehr an die Politik. Österreich lebe auf Kosten der nächsten Generation.](#)

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

[→ Elementarpädagogische Datenbank](#)

[Boycott mindert Wert der PISA-Studie](#)

[Deutschland: Haushalte - Über 100 Milliarden Euro für Bildung](#)

BILDUNGSPOLITIK

[ÖVP-Bildungspapier: "Mittlere Reife" und Modulsystem](#)

[ÖVP-Gerangel um Bildungspapier](#)

[Verwirrung um ÖVP-Bildungsplan](#)

[BM:UKK / BM.W F](#)

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

[Alle Informationen des bm:ukk und des bm.w f zur PädagogInnen-Ausbildung NEU](#)

[Wenn ein Test an den Schülern scheitert](#)

[BMWfJ](#)

[Remler: Österreich wird internationale Vorreiterrolle in Familienpolitik nicht ...](#)

[BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM](#)

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Opposition fordert Verwaltungsreform](#)

[„Mehr Leiden als Leidenschaft“](#)

[BURGENLAND](#)

[Meldungen: keine](#)

[KÄRNTEN](#)

[Meldungen: keine](#)

[NIEDERÖSTERREICH](#)

[Meldungen:](#)

[Niederösterreich auf dem Weg zur sozialen Modellregion](#)

[OBERÖSTERREICH](#)

[Meldungen: keine](#)

[SALZBURG](#)

[Meldungen:](#)

[Behindertenhilfe Salzburg steht vor umfassender Weiterentwicklung](#)

[STEIERMARKE](#)

[Meldungen:](#)

[Wo Deutsch noch Fremdsprache ist](#)

[TIROL](#)

[Meldungen: keine](#)

[VORARLBERG](#)

[Meldungen: keine](#)

[WIEN](#)

[Meldungen: keine](#)

[ELTERNBILDUNG](#)

[43,5 Prozent schlagen ihre Kinder manchmal](#)

["Gesunde Watschn" bleibt Erziehungsmittel](#)

[FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG](#)

[Mehr Geld für die Kinderkrippen - Investitionen, die in die Früh-Förderung fließen, haben die "höchste](#)

[Rendite", sagt die Expertin Fabienne Becker-Stoll.](#)

[GENDER](#)

["Identität ist kein Wunschkonzert" - Wie es mit dem feministischen Aktivismus zwanzig Jahre nach "Gender Trouble" aussieht beschäftigte ein Podium samt Publikum](#)

[INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG](#)

[Lebenshilfe fordert: Weg von der Taschengeldgesellschaft!](#)

[Jahrhundertarbeit UN-Behindertenrechtskonvention - 1. Zivilgesellschaftsbericht zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich wurde heute präsentiert.](#)

[Lebenshilfe Niederösterreich: Das war die Lebenshilfe ...](#)

[KINDERERZIEHUNG](#)

[Kompakt: Kompakt](#)

[VERANSTALTUNGEN UND EVENTS](#)

[Protestaktion: Gegen den Kahlschlag in Wissenschaft und Forschung - Arbeitsplätze massiv gefährdet](#)

[SONSTIGES](#)

[Lehrgang zum/zur Leiter/in von interkulturellen Eltern-Kind-Gruppen](#)

[IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

-

[MEINUNG](#)

Treichl: "Triple-A-Rating ist in Gefahr": Der Chef der Erste Group glaubt an den Euro, aber längst nicht mehr an die Politik. Österreich lebe auf Kosten der nächsten Generation.

Aus der Finanzkrise wurde eine Staatenkrise, sagt der Spitzenbanker. Österreich lebe auf Kosten der nächsten Generation, die Regierung sei ohne Vision.

KURIER: Griechenland, Irland, jetzt Portugal, vielleicht bald Spanien und Italien. Wann zerbricht die Eurozone?

Andreas Treichl: Ich glaube nicht daran, dass Spanien und Italien zu derartig großen Problemfällen werden, wie das derzeit gesehen wird, aber auszuschließen ist gar nichts. Ich glaube, dass sehr viele Aktivitäten, die jetzt gesetzt wurden, de facto implizieren, die Eurozone wäre ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Sie ist es aber nur in einem bedingten Ausmaß. Das ist das wirkliche Problem.

Sie plädieren für eine EU-Wirtschaftsregierung.

Natürlich. Es muss irgendwann in den nächsten Jahren zu diesem Thema und Konflikt kommen. Die Frage ist: Wird die Eurozone oder die EU wirklich eine politische Einheit. Wir

brauchen eine demokratisch legitimierte Regierung Europas und die Länder der Eurozone müssen akzeptieren, dass diese Regierung fiskalpolitisch eingreifen kann, sonst kommen wir aus der Fülle an Dilemmas, die wir derzeit sehen, nicht heraus.

Die Hilfe für Euroländer ist ein gewaltiger Kraftakt. Wer hilft am Ende den Helfern wie Deutschland oder Österreich, wenn ein noch so großer Euro-Rettungsschirm zu klein geworden ist?

Diese Situation wird wahrscheinlich dazu führen, dass wir irgendwann EU-Schuldscheine, also gemeinsame Euro-Anleihen, ausgeben werden.

Es gibt einen Greenpeace-Spruch, der da lautet: Wäre die Welt eine Bank, hätten wir sie schon gerettet. Einverstanden?

Man kann schon sagen, dass die Aktivitäten, die nach Ausbruch der Krise in der EU gesetzt wurden, die Dramatik der Interdependenzen der Länder und der Banken ganz deutlich zu Tage gebracht haben. Das war eine Reaktion der Politik auf die Erkenntnis, die Wirtschaft kann ohne ein funktionierendes Finanzdienstleistungssystem nicht leben.

Ist die Folge von alledem, dass der Schilling bald wieder eingeführt wird?

Dazu wird es vor allem aus einem Grund nicht kommen. Deutschland hat ein hohes Interesse den Euro zu erhalten und das ist kein humanitäres Interesse. Deutschland profitiert dramatisch vom Euro. Stellen Sie sich vor, Deutschland würde auf die D-Mark zurückgehen. Das würde der deutschen Wirtschaft nicht gut bekommen.

Was ist die größte Bedrohung für ihre Bank? Die Turbulenzen im Westen Europas, oder eine mögliche zweiten Krisenwelle im Osten?

Ich glaube nicht, dass es zu einer zweiten Krisenwelle in Osteuropa kommt. So wie auch die ersten Krisenwelle deutlich überbewertet worden ist. Für Finanzdienstleister in unserer Region ist das größte Risiko die Unsicherheit über die Entwicklung der Schulden in der Eurozone und in welcher Form diese in den nächsten Jahren abgedeckt werden können.

Sie sind ein Bewunderer der Stärke Tschechiens und der Slowakei. Laufen uns die Nachbarn den Rang ab?

Es gibt einen ganz großen Unterschied zwischen West- und Osteuropa. Im Westen leben im wesentlichen alle Länder auf Kosten der nächsten Generationen. Manche Länder, wie Deutschland, zumindest mit einer Teilberechtigung, weil es Produktivitätsgewinne erzielt. In Osteuropa leben die Länder mit ganz wenigen Ausnahmen eben nicht auf Kosten der nächsten Generation. Zweitens setzen die meisten osteuropäischen Regierungen in einem viel früheren Stadium der Zukunftsproblematik viel härtere Schritte und Maßnahmen.

Endlich ist klar: Österreich gehört also zu Westeuropa.

Natürlich.

Woher kommt der Reformunwille in unsrem Land?

Kaum ein Land in Europa hat die Krise sowohl auf der Investitions- als auch auf der Konsumseite so wenig gespürt wie Österreich. Aber ich orte in fast allen Bereichen der Wirtschaft die Bereitschaft etwas zu tun, und auch höhere Beiträge zu leisten, um Österreich zu helfen, seine Position zu verstärken.

Der Beitrag der Banken sind 500 Millionen Euro.

Auch bei der Bankensteuer gab es bei uns großes Verständnis, einen Beitrag zu leisten, um Österreich in der Zukunft stärker zu machen. Das Wichtigste ist, dass wir für die Republik das Triple-A-Rating (die höchste Bonitätsstufe, Anm.) erhalten. Daran haben wir Banken ein immenses Interesse, weil auch unser eigenes Rating davon abhängt. Wir sind enttäuscht darüber, wie das gelaufen ist. Viele im Land sind bereit, Steuern, auch mehr

Steuern zu zahlen, wenn die Steuergelder richtig und gut für Zukunftsinvestitionen verwendet werden.

Was aber nicht geschieht...

Die Regierung hat jetzt viele enttäuscht. Ich hoffe wirklich, dass das ein einmaliges Ereignis war und dass die Regierung 2011 wirklich Gas gibt. Wenn das nicht passiert, geht das Triple-A-Rating verloren. Die Gefahr ist groß und wir werden abfallen gegenüber vielen Ländern und insbesondere gegenüber unseren Nachbarn im Osten.

Sie wollten, dass die Bankensteuer für Unis und Bildung zweckgebunden wird?

Natürlich. Das was fehlt, ist die Zukunftsorientierung. Was will unsere Regierung? Wo soll Österreich in fünf Jahren stehen? Österreich hätte eine unheimlich große Chance ein Zentrum für Bildung für ganz Zentral- und Osteuropa zu werden. Alle kommen wahnsinnig gerne hierher. Ich würde Milliarden in die Bildung investieren und viele Wirtschaftsbetriebe wären sogar bereit, dafür noch eine zusätzliche Steuer abzuliefern. Und am Ende wäre es noch für alle ein Geschäft.

<http://kurier.at/wirtschaft/2054923.php>

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

→
Elementarpädagogische
Datenbank

Boykott mindert Wert der PISA-Studie

Wien (APA) - Auch dieses Jahr sorgt die PISA-Studie bereits vor ihrer für 7. Dezember geplanten Veröffentlichung für Aufregung. Diesmal sind aber ausnahmsweise nicht vorab durchgesickerte Ergebnisse der Grund, sondern die Ankündigung der OECD, aufgrund der "negativen Atmosphäre" infolge von Boykottaufrufen während der Testphase die Österreich-Resultate "nur mit Vorbehalt zu berichten" und "von Vergleichen mit den Ergebnissen früherer PISA-Untersuchungen für Österreich abzusehen". OECD-Koordinator Andreas Schleicher präzisierte am 2. Dezember, dass "90 Prozent des Wertes von PISA da ist". Es sei aber "sicher schade, dass man exakte Zeitreihen nicht machen kann. Das ist ein großer Verlust." Konkret stößt sich die OECD weniger an den Daten der Österreich rund 1,6 Mio. Euro kostenden Studie. Diese "entsprechen technisch im vollen Umfang unseren Standards", bestätigte Schleicher die entsprechende Argumentation des Bundesinstituts für Bildungsforschung (BIFIE), das PISA in Österreich durchführt.

[[Lesen Sie mehr](#)]

Deutschland: Haushalte - Über 100 Milliarden Euro für Bildung

FOCUS Online

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes werden die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr erstmals mehr als 100 Milliarden Euro für Bildung ausgeben. ...

[Bildung - teuer wie nie](http://www.sueddeutsche.de) sueddeutsche.de

[Bildungsfinanzbericht 2010: Mehr als 100 Milliarden für die Bildung](#) FAZ - Frankfurter Allgemeine Zeitung
[freiewelt.net](#) - [Spiegel Online](#) - [tagesschau.de](#) - [AFP](#)
[Alle 96 Artikel »](#)

BILDUNGSPOLITIK

ÖVP-Bildungspapier: "Mittlere Reife" und Modulsystem

Sechsjährige, die nicht ausreichend Deutsch können, will die ÖVP in eine Vorschule schicken. Nicht durchringen konnte sich die ÖVP in ihrem Bildungsprogramm ...

[Gemeinsame Schule bleibt VP-Tabu](#) nachrichten.at
[Alle 16 Artikel »](#)

ÖVP-Gerangel um Bildungspapier

Kurier

... die zum Besuch einer höheren Schule berechtigt; Sechsjährige, die nicht ausreichend Deutsch können, wolle die ÖVP in die Vorschule schicken. ...

Verwirrung um ÖVP-Bildungsplan

[Wiener Zeitung](#)

Wien. "Nicht zeitgemäß" (SPÖ), "Steinzeitpädagogik" (Grüne), "Rückschritt" (BZÖ) – das Urteil der anderen Parteien über das neue – noch nicht offizielle ...

BM:UKK / BM.W_F

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWf Homepage](#)

Alle Informationen des [bm:ukk](#) und des [bm.w_f](#) zur PädagogInnen-Ausbildung NEU

Wenn ein Test an den Schülern scheitert

[DiePresse.com](#)

Statistisch gebe es keine Einwände, kontert Bifie-Chef Haider. von Christoph Schwarz und Julia Neuhauser Wien. Letzten Endes scheint der Boykott des ...

BMWfJ

Remler: Österreich wird internationale Vorreiterrolle in Familienpolitik nicht ...

APA OTS (Pressemitteilung) -

Remler betonte dabei, dass es ihr nicht entweder um Sach- oder Geldleistungen gehe, sondern um eine arbeits- und wirtschaftsfreundliche Familienpolitik, ...

[Remlers Leitmotiv: Familie ist dort, wo Kinder sind](#) Österreich Journal

[Zum Antritt Rat zum Rücktritt](#) Kleine Zeitung

[Unzensuriert.at](#) - [ORF.at](#)

[Alle 63 Artikel »](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

Opposition fordert Verwaltungsreform

ORF.at

In der Ersten Lesung zum Budget 2011 am Mittwoch im Nationalrat war die geballte Kritik der Opposition zu hören. Aus den Reihen der Opposition war nur von den Grünen ein wenig Zustimmung zu Einzelmaßnahmen zu hören. FPÖ, Grüne und BZÖ mahnten eine ...

[Nationalrat: "In diesem Saal hier stinkt niemand"](#) DiePresse.com

[Geballte Kritik am Budget](#) Wiener Zeitung

[Kurier](#) - [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#) - [derStandard.at](#) - [Kleine Zeitung](#)

[Alle 63 Artikel »](#)

„Mehr Leiden als Leidenschaft“

[tt.com](#) - [Wo's Click macht](#)

LH Burgstaller fordert vom Bund Druck in Sachen Bundesstaats- und Verwaltungsreform und will dabei auch über die Steuerhoheit für Länder sprechen. ...

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen:

Niederösterreich auf dem Weg zur sozialen Modellregion

APA OTS (Pressemitteilung)

Bei der Familienpolitik habe das Land Niederösterreich die Kinderbetreuung auf die aktuellen gesellschaftlichen Ansprüche umgestellt und biete mittlerweile ...

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Behindertenhilfe Salzburg steht vor umfassender Weiterentwicklung

Salzburg.at

Dezember nahm Gesundheits- und Sozialreferentin Landesrätin Erika Scharer das neue Dialogpapier der Lebenshilfe zum Thema Inklusion von Selbstvertreter Maco ...

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Wo Deutsch noch Fremdsprache ist

[Kleine Zeitung](#)

Seit dem verpflichtenden Kindergartenjahr für Fünfjährige hat sich für den Kindergarten in der Dominikanergasse die Situation dramatisch verschärft: "Da kam ...

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen: keine

ELTERNBILDUNG

43,5 Prozent schlagen ihre Kinder manchmal

derStandard.at

Zusätzlich soll laut den beiden Landesräten im kommenden Jahr das Thema Elternbildung forciert werden. Finanzielle Hilfe werde es dafür sowohl vom Bund als ...

"Gesunde Watschn" bleibt Erziehungsmittel

ORF.at

43,5 Prozent der Eltern gaben an, "selten" ihr Kind zu schlagen. Vor zwei Jahren wurden die Eltern von Volksschulkindern der 4. ...

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Mehr Geld für die Kinderkrippen - Investitionen, die in die Früh-Förderung fließen, haben die "höchste Rendite", sagt die Expertin Fabienne Becker-Stoll.

Einjährige im Kindergarten. - Das war vor allem für die ÖVP lange tabu. Mütter sollten bei den Kindern bleiben können, darauf ist die Familienförderung ausgerichtet. Mittlerweile hat ein Umdenken eingesetzt. Bei einer Enquete des ÖVP-nahen Hilfswerkes wurde am Donnerstag über die Betreuung der Unter-Dreijährigen debattiert. Im KURIER-Interview erklärt Fabienne Becker-Stoll, Expertin für Frühpädagogik aus München, warum schon ganz kleine Kinder Bildung brauchen.

KURIER: Die österreichischen Schüler können nicht besonders gut lesen. Das dürfte beim PISA-Test herausgekommen sein, der nächste Woche präsentiert wird. Wie sollte man reagieren?

Fabienne Becker-Stoll: In Deutschland waren die PISA-Ergebnisse 2000 der Anlass, Bildungspläne für kleine Kinder zu entwickeln und die Kindergärten als Bildungseinrichtungen zu verstehen. Und zwar nicht erst mit dem klassischen Vorschulalter, sondern schon ab den ersten Lebensjahren. Die Sprachentwicklung ist die Vorläuferfertigkeit für die Lesekompetenz. Und diese Sprachentwicklung erfolgt ganz früh.

Müssen kleine Kinder wirklich schon gebildet werden?

Manche Kinder brauchen gerade bei der Sprachentwicklung eine besondere Unterstützung, insbesondere, wenn ihre erste Sprache nicht Deutsch ist. Da geht es nicht um Sprachprogramme, sondern um das Wissen, wie diese Sprachförderung bei ganz kleinen Kindern möglich ist.

Viele meinen immer noch, kleine Kinder gehören zur Mutter und nicht in eine Betreuungseinrichtung.

Wenn die Möglichkeit besteht, dann sollte das Kind im ersten Lebensjahr wirklich primär bei seinen Eltern sein. Wir wissen aber auch, dass Kinder spätestens mit eineinhalb, zwei Jahren ganz dringend andere Kinder brauchen. Nicht nur, um sich gesund zu entwickeln, sondern auch um zu lernen. Wie Kinder miteinander kommunizieren, das kann kein Erwachsener bieten. Dazu ist aber die kompetente Begleitung notwendig. Die Erzieherin oder die Tagesmutter muss eine Bezugsperson sein.

Geht das in einer Kinderkrippe, wo 10, 15 Kinder sind?

Wenn genügend Betreuungspersonen da sind, ja. Der ideale Betreuungsschlüssel bei den ganz Kleinen wäre eins zu drei oder eins zu vier. Besonders wichtig ist aber auch die Ausbildung der Pädagogen. Hier gilt: Je jünger die Kinder, desto besser qualifiziert müssen die Betreuer sein. Jetzt haben die Universitäts-Professoren, die junge Erwachsene betreuen, die höchste Ausbildung, die Kindergärtnerinnen die geringste. Eigentlich müsste es genau umgekehrt sein: Höchste Ausbildung für die Kleinkindpädagoginnen.

Dazu müsste viel Geld investiert werden. Dabei werden die Familien in Österreich ohnehin bereits großzügig gefördert.

Geld, das in die frühkindliche Bildung fließt, hat die höchste Rendite. Das ist die beste Investition. Um fünf- oder sechsjährige Kinder mit Migrationshintergrund so fit zu machen, dass sie in der Schule eine Chance haben, das kostet dann viel mehr.

Haben Sie den Eindruck, dass den Politikern das bewusst ist?

Zunehmend. Auch in Bayern wurde die Betreuung von Kindern in Krippen politisch lange

Zeit nicht besonders gefördert. Der jetzt erfolgende Bewusstseinswandel geht von der Wirtschaft aus: Die Unternehmen wollen auf die gut ausgebildeten jungen Frauen nicht verzichten. Sie wollen, dass Familie und Beruf vereinbar sind. Gleichzeitig sagt die Wirtschaft auch: Wir können die vielen jungen Leute ohne ausreichende Bildung nicht auffangen. Das heißt: Wir müssen ganz früh die Weichen stellen, dass kein Kind zurückbleibt.

<http://kurier.at/nachrichten/2054894.php>

GENDER

"Identität ist kein Wunschkonzert" - Wie es mit dem feministischen Aktivismus zwanzig Jahre nach "Gender Trouble" aussieht beschäftigte ein Podium samt Publikum

Keine, die sich heute mit Gender Studies oder auch mit praktischen feministischen Fragen beschäftigt, kommt um das Buch herum. Judith Butlers "Gender Trouble" erschien vor zwanzig Jahren und führte nicht nur innerhalb von Theoriekreisen zu hitzigen Debatten. Richtig ruhig ist es um die Theorien der US-Philosophin noch immer nicht geworden, und so verschaffte sich der Text einen prominenten Platz im Kanon der Gendertheorie, der Queertheorie und im feministischen Diskurs im Allgemeinen.

Die von Stichwort (Archiv der Frauen & Lesbenbewegung) organisierte Veranstaltung "Smash Patriarchy? Feministischer Aktivismus nach zwanzig Jahren Gender Trouble" am 30. November nahm das 20-Jahr-Jubiläum zum Anlass, vier Feministinnen samt Publikum über feministische Schlüsselerlebnisse, Konsequenzen aus "Gender Trouble" und Widersprüche im Feminismus diskutieren zu lassen. Das Gespräch mit den Podiumsdiskutantinnen Anneliese Erdemgil-Brandstätter (Mitarbeiterin der Frauenberatungsstelle "Kassandra"), Birge Krondorfer (Philosophin und Mitgründerin der Frauenhetz), Sushila Mesquita (Philosophin und Queer-Theoretikerin) und Christine Klapeer (Politikwissenschaftlerin) wurde von Hanna Hacker (Soziologin und Historikerin) moderiert.

Kritik an Ansätzen der zweiten Frauenbewegung

Sexualität, Separatismus oder Identitätspolitik waren wichtige Aspekte, die mit "Gender Trouble" - wenn auch nicht zum ersten Mal, aber unter großer Aufmerksamkeit - auf feministische Tapet gebracht wurden. Anhand dieser Themen wurde zunehmend Kritik an den Ansätzen des klassischen zweite-Welle-Feminismus laut, fasste Hacker die Entwicklungen zusammen. Auch die weiße Hegemonie in den Frauenbewegungen wurde in "Gender Trouble" kritisiert.

"Frau-sein" bedeutet noch keine Gemeinsamkeit

Vor allem die Frage der Identitätspolitik entpuppte sich in der Diskussion als ein noch immer heißes Eisen, ein Thema, beim dem sich auch das Publikum stark einbrachte. Während etwa Birge Krondorfer nach wie vor nicht nachvollziehen kann, was an der Hinterfragung der Kategorie "Frau" so bedeutsam gewesen sein soll, beschreibt Sushila

Mesquita wie wichtig es für sie war, dass die Bezugnahme auf sich selbst als "Frau" problematisiert wurde - und zwar in einem positiven Sinn. Auch aus dem Publikum hieß es, dass es doch gut sei, "sich nicht auf diese eine Identität beschränken zu müssen." Zudem bedeute "Frau-sein" bei weitem noch keinerlei Gemeinsamkeit. So ist man eben nicht nur "Frau", sondern kommt auch aus einer bestimmten Klasse, was "mindestens ein so großer Teil meiner Identität ist".

Dennoch könnten wir nicht selbstbestimmt darüber entscheiden, mit welchen Identitäten wir uns in der Welt bewegen, lautete ein Einwand, und: Die vielen Fremdbestimmungen scheeren sich auch wenig um die Erkenntnisse der letzten zwanzig Jahre. Klar, "Identität ist kein Wunschkonzert", da gäbe es sehr vieles, was eindeutig nicht zur Wahl steht, lautete die Antwort aus dem Publikum.

Dass "Gender Trouble" aber vor allem für die Generation der Dreißigjährigen wichtig war, zeigte sich in der Runde schnell. Zwar nicht nach dem ersten oder zweiten Anlauf, aber spätestens nach dem dritten fand Sushila Mesquita in dem Buch "Erklärungen für Dinge, die ich auch an mir selber wahrnehmen konnte." Auch die Politikwissenschaftlerin Christine Klapeer war anfangs begeistert, sieht mittlerweile aber einen undifferenzierten und verkürzten Umgang mit den Thesen des Buches, vor allem mit dem Begriff "Konstruktion". Bei den Erzählungen über feministische Schlüsselerlebnisse von Birge Krondorfer und Anneliese Erdemgil-Brandstätter standen vor allem politische Aktionen mit anderen Frauen im Vordergrund, wie die Gründung der ersten Frauenuni 1984 oder die Besetzung des Frauenministeriums im Dezember 1999, die "Aktion Vanillekipferl", erinnert sich Erdemgil-Brandstätter.

Wo ist der "Glaube an die Straße"?

Ob "die Straße" noch immer die beste politische Strategie ist - "Gender Trouble" hin oder her - war eine weitere wichtige Frage, die die Podiumsdiskutantinnen ebenso wie das Publikum bewegte. Denn obwohl Judith Butler theoretisch zwar sehr einflussreich war, über die Handlungsanleitungen für politische Agitation war frau sich in der Diskussion nicht einig. So würde Butlers Rede von "Allianzen" schwammig bleiben, andererseits gab es aber auch die Position, dass "Gender Trouble" verheißten würde, dass nicht alles so bleiben muss, wie es ist, denn: "Alles was konstruiert ist, kann auch dekonstruiert werden - da war plötzlich eine Utopie da."

Aber gerade diese Utopie fehle heute vielen, ebenso der "Glaube an die Straße" als Protestform und als Metapher für Öffentlichkeit, hieß es aus dem Publikum. Stattdessen werde sehr viel Augenmerk auf die Differenzen zwischen den Frauen gelegt und gemeinsame politische Utopien spielen keine große Rolle. Für Aktionen wie die Organisation der Jubiläumsfrauendemonstration am 19. März 2011 wären Utopien aber unverzichtbar.

Auch wenn sich bei der Stichwort-Debatte viele von "Gender Trouble" als Schlüsseltext distanzieren - die darin vorkommende Kritik sei schon viel früher formuliert, die Theorien seien größtenteils schon vor Butler aufgestellt worden -, zeigte sich doch das ungebrochene Potential des Buches: Feministische Grundsatzdebatten am Leben zu erhalten.

<http://diestandard.at/1289609250514/Theorie-Klassiker-Identitaet-ist-kein-Wunschkonzert>

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Lebenshilfe fordert: Weg von der Taschengeldgesellschaft!

APA OTS (Pressemitteilung)

"Tagesstrukturen sollen sich künftig zu Kompetenzzentren für Inklusion neu ausrichten. Wir leben Inklusion in unseren eigenen Betrieben vor: Indem wir die ...

["Lebenshilfe"-Pressegespräch: "Weg von der Taschengeldgesellschaft: Sechs ...](#) Kathweb

[Lebenshilfe will Gehalt statt Taschengeld für Behinderte](#) Kathweb

[Alle 4 Artikel »](#)

Jahrhundertarbeit UN-Behindertenrechtskonvention - 1. Zivilgesellschaftsbericht zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich wurde heute präsentiert.

„Die UN-Behindertenrechtskonvention scheint in den Köpfen der Politikerinnen und Politiker noch nicht angekommen zu sein!“ Mit diesen Worten fasste Dr. Klaus Voget, der Präsident der ÖAR und des ÖZIV, die Inhalte des heute anlässlich einer Pressekonferenz im Café Landtmann präsentierten 1. Österreichischen Zivilgesellschaftsberichtes die Erkenntnisse und Forderungen des Expertenberichtes zusammen.

Defizite im Bereich der Bildung, die äußerst lückenhafte Umsetzung der Barrierefreiheit, fehlende Inklusion im Bereich der Arbeit und der Bildung sowie nicht ausreichende Unterstützung für eine selbstbestimmte Lebensführung von Menschen mit Behinderungen sind nur die Eckpunkte des 1. Zivilgesellschaftsberichtes.

„Wenn der Sozialminister meint, die UN-Behindertenrechtskonvention sei bereits in großen Teilen in Österreich umgesetzt, dann irrt er“, so fasste Voget die Erkenntnisse der NGO´s und der Betroffenen zusammen.

Die ÖAR beteiligte sich auch an der von Licht für die Welt initiierten Protestaktion gegen die Budgetkürzungen der Regierung am Ballhausplatz, die ebenfalls die Umsetzung der UN-Konvention einforderten und gegen die Budgetkürzungen der Regierung in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Soziales und Pflege protestierten. ÖAR-Präsident Dr. Klaus Voget abschließend: „Kooperationen im Bereich der Behindertenpolitik sind wichtiger denn je!“

Die Statements der heutigen Pressekonferenz sowie der 1. Zivilgesellschaftsbericht sind auf der Internetseite der ÖAR www.oear.or.at (Zivilgesellschaftsbericht) zum Download bereitgestellt.

Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR) vertritt als Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs 78 Mitgliedsvereine mit insgesamt mehr als 400.000 Mitgliedern. Das Aufgabengebiet der ÖAR ist vielfältig und reicht vom Mitgestalten behindertenrelevanter Themen bis zu umfassenden Serviceleistungen für ihre Mitglieder. Die ÖAR ist parteipolitisch unabhängig und religiös neutral. Mehr Information:

www.oea.or.at,

Lebenshilfe Niederösterreich: Das war die Lebenshilfe ...

Das war die Lebenshilfe – Dialogtagung 2010 "Gemeinsam zur Inklusion" Ein Dialog: ...
Dazugehören als Grundbedürfnis: Inklusion ist ein Modell, das die ...

www.noel.lebenshilfe.at/index.php?id=31&no...

KINDERERZIEHUNG

Kompakt: Kompakt

WELT ONLINE

Drei Jahre nach der Einführung des Elterngeldes nehmen mehr Väter eine Auszeit vom Beruf, um sich der Kindererziehung zu widmen. ...

[Sachsens Väter bundesweit Spitze bei Elternzeit](#) sz-online

[Mitteldeutsche Zeitung](#) news aktuell (Pressemitteilung)

[Banktip - Hamburger Abendblatt](#)

[Alle 246 Artikel »](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
Pädagogik -
Veranstaltungen und
Events](#)

Protestaktion: Gegen den Kahlschlag in Wissenschaft und Forschung - Arbeitsplätze massiv gefährdet

Utl.: GPA-djp ruft gemeinsam mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen zur Protestaktion am kommenden Montag am Minoritenplatz auf
Wien (GPA-djp) - Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) ruft gemeinsam mit der Wissenschaftskonferenz Österreich, dem Netzwerk der außeruniversitären geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, und der Interessengemeinschaft externer LektorInnen und freier WissenschaftlerInnen zu einer Protestaktion am kommenden Montag am Wiener Minoritenplatz auf. An der Aktion werden ForscherInnen und Betriebsräte aus den betroffenen Bereichen teilnehmen.

„Durch den unüberlegten finanziellen Kahlschlag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung werden langjährige Aufbauarbeiten überfallsartig zunichte gemacht. Hunderte Arbeitsplätze gehen unmittelbar verloren. Ein ganzer Arbeitsmarkt für WissenschaftlerInnen wird mittelfristig ausgetrocknet. Die Einbindung Österreichs in die europäische Wissenschaft wird entscheidend geschwächt. Chancen und internationale Karrieren der WissenschaftlerInnen werden geschwächt“, heißt es im Aufruf zur Demonstration.

GPA-djp und Forschungseinrichtungen fordern u.a. eine ausreichende Ausstattung der unabhängigen Wissenschaftlichen Einrichtungen und ein Ende der Politik, die das Bankwesen auf Kosten von Sozialer Sicherheit, Bildung und Forschung zu sanieren versucht.

RednerInnen:

Dr. Dwora Stein (GPA-djp Bundesgeschäftsführerin)

Dr. Doris Kapeller (PERIPHERIE, Institut für angewandte Genderforschung)

Mag. Manfred Krenn (Betriebsrat Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, FORBA)

Günther Ogris, MA (für die Wissenschaftskonferenz Österreich, SORA)

Dr. Ronald J Pohoryles, (IFS/ICCR)

Ort: BMWF, Minoritenplatz 5, 1010 Wien
Zeit: Montag, 6. Dezember 2010, 10 Uhr

SONSTIGES

Lehrgang zum/zur Leiter/in von interkulturellen Eltern-Kind-Gruppen

Unser zweiter Lehrgang startet am 09. März 2011. Anmeldungen mit Lebenslauf und Motivationsschreiben bis spätestens 31.12.2010 bitte an: Sigrid Spenger, Mail: familienakademie@wien.kinderfreunde.at, Albertgasse 23, 1080 Wien

[Interkulturelle ElternbegleiterInnen als IntegrationshelferInnen](#)

Information: Sigrid Spenger Tel.: 01-40125-54, mail: familienakademie@wien.kinderfreunde.at

[Folder zum Download](#)

[Folder zum Download - Türkisch](#)

[Lehrgangscurriculum](#)

[ReferentInnen](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.